

EINSCHREIBEN

An die Schweizerische  
Bundesversammlung

Datum:

21. Oktober 2015

3000 Bern

### **Staatlich organisierte Kriminalität**

#### **Eingabe 8 – Die Entstehung der Behördenwillkür im Zusammenhang der tatsächlichen Geschichte**

Guten Tag

Wie Sie dem Titel entnehmen können, gelange ich nicht das erste Mal an die Bundesversammlung. Grund meiner wiederholten Schreiben ist die von der Baukommission und dem Gemeinderat der Gemeinde Flawil an mir ausgeübte Behördenwillkür, die vor mehr als einem viertel Jahrhundert begann. Anfänglich war sie lästig, ich konnte mich aber dagegen durchsetzen, doch seit dem Jahre 1998 ist sie lebensbedrohend geworden. Das hatte zur Folge, dass ich mich im Jahre 2000 mit einer Aufsichtsbeschwerde bei der Regierung des Kantons St. Gallen versuchte zu schützen. Doch ich stellte fest, dass sie die Willkür gewähren liess. Ebenfalls lief die Strafverfolgung ins Leere, obschon Regierung und Anklagekammer teilweise Strafdelikte bejahten. Das spornte mich an, die Ursachen dieser institutionellen Behördenwillkür aufzudecken, die auch der St. Galler Kantonsrat deckte und per Gesetz institutionalisierte. Obschon die Verantwortlichen meine Begehren immer und immer wieder abschmetteten, stellte ich fest, dass sie vor meiner Aufdeckung eine grosse Angst hatten, mir aber gleichzeitig, wenn auch nur indirekt, Achtung zollten.

In der Folge habe ich mich erstmals am 12. Juli 2001 an den Bundesrat gewandt. Auch hier habe ich schnell bemerkt, dass er für die Vorbringen kein Gehör hatte, weshalb ich mich erstmals am 20. August 2002 bei der Bundesversammlung meldete. Doch auch bei der Bundesversammlung durfte ich die gleichen Erfahrungen machen wie bisher; ich wurde abgewiesen. Das hielt mich aber nicht auf, die Bundesversammlung weiter in die Pflicht zu nehmen.

Bedingt dadurch, dass meine Begehren bei allen behördlichen Institutionen abgeschmettert wurden, forderten meine Geldgeber, manipuliert durch das hinter der institutionalisierten Behördenkriminalität stehende Netzwerk, ihr Geld zurück, weil ich angeblich nur sinnlos prozessiere.

Da der Staat vorsätzlich nicht gewillt ist, Rechtssicherheit zu schaffen, war ich genötigt, entweder zu deinvestieren oder andere Geldgeber zu suchen, um die Gelder zurückzuzahlen. Also blieb mir keine andere Wahl, das durchzustehen, was meine politischen Gegner wollten: Die finanzielle Exekution! Aber tot geglaubte leben in der Regel länger!

Im laufenden Konkursverfahren stellte ich eigenhändig fest, wie kriminell auch dieses Verfahren durchgeführt wurde, das ebenfalls durch alle Instanzen hindurch geschützt wurde. Das bewog mich, die Entstehung der heutigen parlamentarischen Oberaufsicht zu erforschen. Aufgrund von offiziellen Akten deckte ich einen noch grösseren Betrug auf, bei dem Parlamente, Regierungen und Gerichte sowie alle Parteien in Bund und Kanton im gleichen Bett lagen und es bis heute immer noch tun. Diese Praxis wird zudem von den Universitäten nach Kräften unterstützt und das Vorhaben durch die Medien gedeckt. Das habe ich am 13. Dezember 2005 der Bundesversammlung sowie sämtlichen Mitgliedern per E-Mail mitgeteilt. Doch diese schmettete das Vorbringen nicht nur ab, sondern entzogen mir mit dem Entscheid in «weiser Voraussicht» auch sämtliche Rechtsmittel. Die Verfasser des Entscheides waren sich der Brisanz meiner Aufdeckung durchaus bewusst.

Sodann stellte ich immer die Frage, wer das alles organisiert hat. Die Antworten waren immer die gleichen, die nicht in mein Weltbild passten. Nach etwas Unterstützung von Dritten und durch das Studium der nicht offiziellen Geschichte, begann ich die Geschichte der letzten Jahrhunderte zu verstehen. Mich interessierte aber, was davor passierte. Das zu erforschen war nicht so einfach, weil die Literatur dazu dünner wird und das Thema religiös. Dazu bedurfte ich wiederum einer Hilfe. Ich fand sie zufälligerweise in der Lehre der Drei Welten, einer Naturlehre, die seit Jahrtausenden bis zum heutigen Tag totgeschwiegen wird. Durch sie war es mir möglich, nicht nur auf philosophischem Wege aufzuzeigen, wie unsere Geschichte verlaufen war, sondern auch zu erklären, wie unsere Geschichte weitergehen wird, solange wir nicht umgehend massive Gegenmassnahmen ergreifen.

In meinem beiliegenden Manifest habe ich die Aufdeckungen als solches beschrieben und schlussendlich anhand der tatsächlichen Geschichte, die an unseren Schulen nicht gelehrt werden darf, erklärt. Sodann schliesse ich daraus u.a., dass

- unter dem Deckmantel des Amtsgeheimnisses alle behördlichen Verbrechen vor der Bevölkerung verborgen gehalten werden;
- die «Volksvertreter» das Volk um ihre verfassungsmässige Herrschaft betrogen haben;
- wir entgegen allen Behauptungen keine Demokratie mehr haben, sondern nur noch eine Worthülse;
- Parlamente, Regierungen und Gerichte in Bund und Kantonen institutionell Verbrechen begehen;
- die Parlamente sowohl sich selbst als auch Regierung und Gerichte vor Strafklagen schützen;
- unsere Behörden von systematischen Gesundheitsschädigungen an der Bevölkerung Kenntnis haben. Sie nehmen es aber vorsätzlich in Kauf, die Bevölkerung damit langsam zu ermorden.
- Ob Sie nun ob diesen Äusserungen entrüstet sind, interessiert mich nicht. Tatsache ist, dass alle bisherigen Parlamentarierinnen und Parlamentarier in Bund und Kanton diese Verbrechen bewusst oder unbewusst gedeckt haben. Allerdings: Unwissenheit schützt vor Strafe nicht!
- Der österreichische Schriftsteller Stefan Zweig (1881-1942) hat einmal formuliert:  
«*Wer die Vergangenheit nicht versteht, versteht nichts wirklich.*»
- Aber da die Parlamentarierinnen und Parlamentarier bis auf ein paar wenige die Geschichte nicht verstehen, verstehen Sie auch die Politik nicht. Demzufolge dreschen Sie nur Parteiphrasen, die Ihnen eingeredet worden sind, die das Gesamtproblem nicht lösen, sondern nur verschlimmern. Aus diesem Grund habe ich im Manifest für jede Phase politische Massnahmen aufgeführt, was zu unternehmen ist, um aus dieser Todesspirale herauszukommen, in der wir stecken.
- Sodann muss ich Sie fragen, wie lange ziert sich das Parlament noch, dem Sie nun angehören, diese institutionalisierten Verbrechen mit einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zu klären, den Staat gehörig auszumisten sowie den Staat im Staat mit Stumpf und Stiel auszurotten? Je länger Sie warten, desto ungläubwürdiger werden nicht nur Sie, sondern auch Parteien und Behörden sowie die gesamte Politik, die eh schon seit langem an der untersten Stufe angelangt ist.
- Die Anzahl der Leute, denen diese Zusammenhänge bekannt sind, wächst von Tag zu Tag. Eines Tages wird jedes Kind wissen, welche Verbrechen die Politik vorsätzlich begeht, und hinter Ihrem

Rücken werden sie auf diese Leute zeigen, zu denen Sie – zum Teil wieder – gehören. Es ist allerdings zu befürchten, dass spätestens, wenn sich die heutigen Spannungen plangemäss zu einem Bürgerkrieg entwickelt haben, auch Politikerinnen und Politiker nicht mehr sicher sein werden.

- Abschliessend sei darauf hingewiesen, dass Sie mein Manifest auf meiner Homepage [www.brunner-architekt.ch](http://www.brunner-architekt.ch), unter «Politik» und «Neues» oder «Geschichte im Zusammenhang» im PDF-Format downloaden können. Die Vollversion ist noch nicht komplett und wird laufend ergänzt. Es fehlen noch die Kapitel «Rechts- und Sicherheitswesen», «Medien und Kultur» sowie «Persönliche Erlebnisse mit den Behörden». Die abgegebene Version enthält aber bereits mehr als genügend Informationen, um die geforderte PUK (tatsächlich wären mehrere erforderlich) einzusetzen.

Freundliche Grüsse

A. Brunner, Architekt HTL

Kopie an:

- Alle Mitglieder der Bundesversammlung mit Kurzfassung des Manifestes «Unser manipuliertes Rechtssystem» vom 15. Oktober 2015, per A-Post

Beilagen:

- «Unser manipuliertes Rechtssystem», Manifest mit Stand vom 19. Oktober 2015